

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

28.08.2018

Protokoll

**der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur
am Dienstag, 28. August 2018 im Haus der Kultur e.V.**

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:18 Uhr

Anwesenheit

Herr Sven Bausemer

Frau Rita Duschek

Frau Gudrun Hohberger

Herr Michael Hosang

Herr Wolfgang Jochens

Herr Parick Leithold

Herr Hinrich Rocke

Herr Milos Rodatos

Herr Dr. Ulrich Rose

Herr Daniel Seiffert

Herr Franz Küntzel

i. V. für Herrn Dr. Rainer Steffens

Frau Brigitte Witt

Herr Moritz Hurrer

i. V. für Frau Katja Wolter

Herr David Wulff

Entschuldigt

Herr Dr. Reiner Steffens

Frau Katharina Horn

Mitarbeiter der Verwaltung

Frau Heike Domin

Frau Anett Hauswald

Frau Beate Meyn

Frau Birgit Rosolski

Herr Peter Lubs

Herr Jan Peter Manske

Gäste

Herr Peter Kroll - Seniorenbeirat

Tagesordnung

1. Sitzungseröffnung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 05.06.2018
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Information zur Errichtung einer öffentlichen Toilette am Südbahnhof
Dez. II, Amt 23
- 6.2. Hafengebührensatzung 2019/ 2020/ 2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 66
- 6.3. Fahrplandaten der Verkehrsbetriebe im GTFS-Format veröffentlichen
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
7. Information der Verwaltung
8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
10. Sitzungsende

TOP 1. Sitzungseröffnung

Herr Rocke eröffnet die Sitzung mit 14 anwesenden Ausschussmitgliedern.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Herr Wulff beantragt einen zusätzlichen TOP zu dem Thema „Denkmalschutz „Alte Mensa“ am Wall (Allgemeine Erörterung, Konzepte und Einigkeit bei allen Beteiligten, Diskussion). Der TOP wird unter 8.1 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

Über die Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 14-Ja Stimmen

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 05.06.2018

Es besteht kein Änderungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
5 Stimmenthaltungen

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

z. Z. keine

TOP 5. Beschlusskontrolle

TOP 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 6.1. Information zur Errichtung einer öffentlichen Toilette am Südbahnhof

06/1518 Einbringer der Informationsvorlage ist Dez. II, Amt 23. Die Ausschussmitglieder bedauern mehrheitlich, dass kein Vertreter der Verwaltung zur Erläuterung der Informationsvorlage anwesend ist. Herr Rocke bemerkt dazu, dass eine rechtzeitige Bekanntgabe des Amtes bei Nichtteilnahme an der Sitzung wünschenswert ist und ggf. dann eine telefonische kurze Erläuterung zum Thema gegeben wird, so dass er als Ausschussvorsitzender aussagefähig ist.

Frau Duschek plädiert für eine schnelle Umsetzung des Projektes.
Herr Rocke berichtet, dass in der Vergangenheit häufig darüber diskutiert wurde, dass es zu wenig öffentliche Toiletten gibt.

Herr Rodatos hat bezüglich der Kostenfrage Zweifel. Es ist unklar, ob die Kosten durch die Verwaltung in den Haushalt eingestellt werden. Herr Rodatos bemerkt außerdem, dass die ungeklärte Kostenfrage der zeitnahen Realisierung entgegen steht und fragt gleichzeitig, ob die Finanzierung für die Toilette gesichert ist.

Herr Dr. Rose verweist auf das nicht öffentliche Protokoll vom 05.06.18, TOP 5.1., unter dem das Thema auch schon besprochen wurde und noch keine Lösung vorlag.

Herr Leithold meint, dass die Verwaltung schon beauftragt war, sich um die Toiletten zu kümmern, gerade weil die Lage Südbahnhof obere Priorität hat, aber inwieweit es dazu einen Beschluss gibt, kann er nicht sagen.

Herr Dr. Rose stellt den Antrag, dass auf der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur ein Vertreter des Amtes 23 anwesend ist, der die

Problematik darstellt, bevor die Informationsvorlage zur Kenntnis genommen wird.

Frau Duschek, sieht eine Gefahr der Projektfertigstellung in 2018, weil es durch den Antrag zu unvorhergesehenen Zeitverzögerungen kommen könnte.

Herr Rocke steht dem Antrag von Herrn Dr. Rose offen entgegen und will sich mit dem Amt 23 in Verbindung setzen. Er befürchtet allerdings auch eine unnötige Zeitverzögerung. Da es sich aber um eine Informations- und keine Beschlussvorlage handelt, wird diese nicht zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Nach der Abhandlung TOP 6.2. ist Herr Jan Peter Manske Dez. II, Amt 23 zugegen. Herr Rocke beantragt daraufhin, dass der Beschluss der Nicht-Kenntnisnahme aufgehoben wird, da Herr Manske zur Erläuterung der Informationsvorlage anwesend ist.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

Herr Manske bittet, seine Verspätung zu entschuldigen. Die Präsentation zur Errichtung einer öffentlichen Toilette am Südbahnhof liegt den Anwesenden in Papierform vor. Nach Prüfung mehrerer Varianten zur Errichtung der Toilette hat man sich für den Standort am Südbahnhof entschieden. Die Toilette ist ausgestattet mit einem behindertengerechten Toilettenraum zur Nutzung für jedermann, in dem auch ein Babywickeltisch integriert ist sowie einem separaten Urinalraum. Die Kostenschätzung beläuft sich auf ca. 165.000,00 €. Herr Rocke fragt, in welchem Zeitraum die Errichtung realisiert werden soll. Herr Manske meint, wenn die Bürgerschaft zustimmt, wird der Fördermittelantrag gestellt und nach Bestätigung wird der Bau ausgeschrieben. Die Fertigung der WC-Anlage wird nach Vergabe des Zuschlags auch 8 – 12 Wochen in Anspruch nehmen. Die Vermutung, dass die Errichtung der öffentlichen Toilette in diesem Jahr nicht mehr stattfindet, liegt nahe. Herr Rodatos fragt, ob die Toilette aus dem Sondervermögen finanziert wird. Herr Manske erklärt, dass die Toilette mit ca. 151.000,00 € im Sondervermögen enthalten ist. Frau Witt fragt, ob die Toilette kostenpflichtig ist. Herr Manske beantwortet diese Frage mit ja, bargeldlose Zahlung ist möglich, behinderte Menschen (speziell Rollstuhlfahrer) bekommen mit dem Euroschlüssel Zugang. Frau Witt fragt nach der Toilettenbetriebsführung, speziell der Reinigung. Herr Manske spricht von einer Ausschreibung über die Wartung und Pflege der Toilette. Frau Duschek möchte wissen, ob es schon Planungen für zukünftige Errichtungen von weiteren öffentlichen Toiletten gibt, wie z. B. in Eldena oder am Hafen. Herr Manske muss das verneinen. Herr Jochens äußert sein Erstaunen über den Ausdruck „Münzautomat mit bargeldlosem Bezahlungssystem“. Herr Manske erklärt, dass es beide Möglichkeiten der Bezahlung gibt. Herr Jochens ist erfreut, dass beim Bau der öffentlichen Toilette ein großer behindertengerechter Toilettenraum für jedermann berücksichtigt wird und somit Kosten gespart werden können.

Abstimmungsergebnis: Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6.2. Hafengebührensatzung 2019/ 2020/ 2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1522 Herr Peter Lubs (Amt 66, Abt. 66.3 Hafenanlagen und Brücken) gibt einen Überblick zum Thema. Die Hafengebührensatzung beschäftigt das Amt seit mehr als zwei Jahren und wurde mehrfach überarbeitet. Ein rückwirkendes Inkrafttreten wird es aber nicht geben, sondern ab 2019/2020/2021 und hat einen Parallelversuch, die möglicherweise unangemessen, hohe Belastung der Segelsportvereine, die Kinder- und Jugendausbildung machen, über eine parallel laufende Sportförderung abzufedern. Das ist nicht gelungen, der Sportausschuss hat zwar die Hafengebührensatzung befürwortet, allerdings die Sportfördersatzung an die Verwaltung gegeben und als 1. Lesung bezeichnet. Gleiches soll im Finanzausschuss passiert sein, wobei der Finanzausschuss die Hafengebührensatzung nicht befürwortet hat.

Herr Wulff fragt, ob es Begründungen zur Ablehnung seitens des Finanzausschusses gibt. Dazu kann Herr Lubs nichts sagen, da er der Sitzung des Finanzausschusses nicht beigewohnt hat.

Frau Witt wirft ein, dass es vermutlich um eine Erhöhung des Zuschusses der Stadt für den Hafen Ladebow geht, eine genaue Erklärung hatte sie nicht, was von einigen Ausschussmitgliedern verneint wird.

Herr Bausemer möchte einen Änderungsantrag einbringen, und zwar bezüglich des Wirtschaftshafens Ladebow. Die Änderung beinhaltet, dass durch die Senkung der Hafengebühren/Bruttoregisterzahl, der Stand dem des Hafens Vierow gleich kommt. Das hätte den Vorteil, dass mehr Umschlag erfolgt – mehr Umschlag gleich mehr Gewerbesteuer mit dem Ziel, dass der gleiche Satz mit weniger Umschlagsmenge erreicht wird.

Herr Rodatos bemerkt zum Antrag der CDU, dass die Voraussetzung des erhöhten Umschlages gegeben ist. Es wird schon seit langem im Land diskutiert, ob es nicht ein einheitliches Konzept vom Wirtschaftsministerium gibt für die Häfen in Vorpommern. Herr Rodatos äußert seine Bedenken, wenn der Rückgang auf die Gebührenhöhe von Vierow erfolgt, sich der Umschlag in Ladebow nicht derart verändern wird, dass es für einen Ausgleich reicht. Dazu kommt, dass wir als Stadt für diesen Hafen eine erhebliche Summe für die Ausbaggerung investieren und der einzige Posten, der dem entgegensteht, die Gewerbesteuer indirekt, aber die Gebühr direkt und diese soll gesenkt werden, was höhere Kosten für die Ausbaggerung bedeuten würde. Die Wirtschaftlichkeitsberechnung des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes basiert auf 2015, bei der 53 Schiffe als Grundlage genommen wurden. Diese ist inzwischen sogar höher, allerdings bei vermindertem Ladungsvermögen, wegen der Herabsetzung der Tiefgangsbeschränkung. D. h., es sind mehr Schiffe angekommen in den letzten Jahren, aber es wurde nicht mehr Umschlag generiert.

Herr Küntzel fragt, ob die mögliche preisliche Erhöhung, die jetzt beschlossen wird, schon berücksichtigt wurde. Herr Lubs geht von keiner preislichen Erhöhung aus. Wir bleiben bei 0.60 €/BRZ, kostendeckend wären 0.80 €/BRZ. Dazu haben wir festgestellt, dass, wenn wir 0.80 €/BRZ im Vergleich zu den anderen Häfen nehmen, dann sind wir konkurrenzlos.

Wir stehen mit den Industriehäfen im Wettbewerb und letztendlich versucht die Landesregierung, ihre Fehler aus der Vergangenheit zu generieren. Wir haben im westlichen Teil Mecklenburgs zwei Hafenstandorte (Wismar und Rostock), zwar mit mehreren Häfen in beiden Städten und wir konkurrieren hier in Vorpommern auf kleinerem Gebiet, insgesamt mit neun Hafenstandorten, zählen wir Jarmen und Anklam mit. Herr Küntzel möchte wiederholen, es wird „Geld in die Hand genommen“ und ausgebaggert. Wir sehen einfach die Konkurrenz zu Vierow und wenn man sieht, dass man in Greifswald das 3fache zahlt, würden wir dafür plädieren, dass wir den Satz von Vierow anwenden, um die Attraktivität des Hafens zu steigern.

Herr Wulff merkt an, dass beide Häfen nicht vergleichbar sind, dennoch die Angabe, dass die geringeren Einnahmen, die beabsichtigt sind, wieder aufgeholt werden, durch einen höheren Umschlag, sich nicht realisieren lassen. Herr Wulff würde diesem Änderungsantrag nicht zustimmen. Zu dem Problem der Hafengebührensatzung soll es seitens der SPD einen offenen Fragenkatalog geben, der erst beantwortet werden muss. Die Ausschussmitglieder bedauern, dass ihnen dieser Katalog nicht vorliegt bzw. sie keine Kenntnis davon haben.

Es wird Bezug auf die letzte Diskussion zur Hafengebührensatzung genommen, die nicht zu Stande kam. Man sei froh, dass die Gebühren nicht gestiegen sind. Wenn der Hafenbetreiber mit dieser Hafengebühr zufrieden ist, sollte man das so lassen, ansonsten wäre wichtig, dem Betreiber keine weiteren „Steine in den Weg zu legen“. Die Hafengebühr zu senken wird eher für schwierig gehalten.

Herr Rocke meint, wir hätten in der Tat zu viele Häfen und es ist äußerst kompliziert zu sagen, für welchen Preis es vorteilhafter wäre.

Herr Lubs äußert sich zu dem Zusammenschluss der Greifswalder Hafengesellschaft und der Übernahme des Hafens Ladebow, da gehe es nicht um die Konkurrenz zu Vierow, da es sich um ganz andere Warenströme handelt. Ein wichtiges Kriterium sei auch, die nautischen Bedingungen zu schaffen, um nicht nur halbbeladene Schiffe anlaufen lassen zu können, da es keinesfalls ökonomisch als auch ökologisch wirtschaftlich ist.

Herr Wulff fragt, warum denn die Gebühren tatsächlich gesenkt werden sollen, wenn es doch die kostendeckende Möglichkeit gibt, vernünftige, wirtschaftliche Bedingungen, wie z. B. der ausreichenden Ausbaggerung, zu schaffen. Da das Thema „Häfen“ zukünftig auch eine Rolle spielen wird, wäre es sinnvoll sich von der WFG Informationen einzuholen.

Herr Lubs erörtert die Ausbaggerungsarbeiten, die zukünftig auf 6,90 m erweitert werden sollen, das hat das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt zugesichert.

Es kommt die Frage auf, ob diese Gebühren jetzt nur die Liegeplätze, welche die Stadt vermietet oder auch Vereine, die dort Pachtflächen haben, betrifft. Herr Lubs antwortet, dass es sich um eine Leistung handelt, die für alle gleich ist. Eine Abfederung soll die Sportfördersatzung herbeiführen, um diejenigen, die eine Kinder- und Jugendausbildung durchführen, zu entlasten. In der bestehenden bzw. künftigen Sportförderrichtlinie ist vermerkt, dass die Pachtflächen der Vereine über diese Sportförderung die Pacht erstattet bekommen. Hafengebührensatzung und Sportförderrichtlinie sind zwei

verschiedene Sachverhalte.

Unklar ist, warum die Sportförderrichtlinie vom Sportausschuss abgelehnt wurde. Frau Witt wirft ein, dass diese nicht abgelehnt wurde. Frau Duschek berichtet, dass darüber im Sportausschuss ausführlich diskutiert wurde, aber keine Ablehnung stattgefunden hat. Es handelt sich um ein umfangreiches Papier, das noch Änderungen unterliegt. Da die Sportförderrichtlinie erst am 01.01.2019 in krafttreten soll, ist noch ausreichend Zeit, auf die vielen Fragen, die dazu kamen, einzugehen und dementsprechend Änderungswünsche einzuarbeiten.

Herr Rocke fragt Herrn Lubs, ob er noch etwas zu der Verwaltungsvereinbarung mit dem Seesportverein Greifswald sagen möchte. Er Lubs erklärt dazu, es gibt eine provisorische Lösung. Die Wassersportler entrichten die beschlossene Gebühr von 40,00 €/lfd. Meter, bei Nutzung von Sanitäranlagen kommen Kosten in Höhe von 2,00 €/Person dazu. Über die Öffnungszeiten des Amtes in Wieck sind auch einige Gastronomen mit eingebunden. Deshalb ist Sinn und Zweck dieser Satzung, dass wir die Benutzung der Sanitäranlagen grundsätzlich in die Gebühr der Gastlieger mit einkalkuliert haben. Ziel ist es, die Unterhaltungs- und Betriebskosten für das „Schipp in“, ohne eine gesonderte Kostenentrichtung, zu realisieren.

Änderungsantrag von Herrn Wulff CDU: Die Hafengebühren für den Industriehafen Ladebow werden auf die Sätze des Hafens Vierow abgestimmt.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag: 7 Ja-Stimmen
7 Gegenstimmen

Abstimmungsergebnis Beschlussvorschlag: 6 Ja-Stimmen
2 Gegenstimmen
6 Stimmenthaltungen

TOP 6.3. Fahrplandaten der Verkehrsbetriebe im GTFS-Format veröffentlichen

06/1501 Herr Wulff erklärt, es gehe grundsätzlich darum, die Fahrgastinformationen, die wir innerhalb von Greifswald haben, möglichst im Sinne von digitaler Barrierefreiheit für die Nutzerinnen/Nutzer zur Verfügung zu stellen. Die Stellungnahme der Stadtwerke wurde gelesen und als befremdlich empfunden. Dort heißt es, dass der Verkehrsbetrieb seine Fahrplandaten über die branchenüblichen Schnittstellen der Datendrehscheibe im Land zentral zur Verfügung stellt. Das ist natürlich kein Problem, meint Herr Wulff, wenn die Stadtwerke die Fahrgastinformationen selber an VMV weitergeben. Das würde einen größeren Aufwand bedeuten, der aber relativ überschaubar ist. Die Aussagen in der Stellungnahme beziehen sich darauf, dass aus der zentralen Datendrehscheibe des Landes, aus der auch die Verkehrsbetriebe und Stadtwerke ihre Fahrplaninformationen erhalten, die Übermittlung nicht reibungslos ist. Herr Wulff führt weiterhin aus, man habe sich mit der Beschlussvorlage beschäftigt und ist grundsätzlich dafür. Das vorgeschlagene Format ist Standardformat und grundsätzlich sollte man sich, was auch zukünftig im Bereich Digitalisierung gemacht wird, auf Standardformate, worauf sich die Technik mal verständigt hat, einlassen. Alle anderen Formate führen meistens zu Problemen und unerwünschten Nebeneffekten. Herr Wulff

betont nochmal, dass die Stellungnahme der Stadtwerke Greifswald als sehr negativ empfunden wurde. Es ist schwer vorstellbar, dass die Umsetzung des Vorhabens für die Stadtwerke einen großen Aufwand darstellt. Die Stellungnahme der Stadtwerke ist deshalb nicht nachvollziehbar. Herr Wulff plädiert dafür, die Beschlussvorlage zu befürworten.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
4 Stimmenthaltungen

TOP 7. Information der Verwaltung

Frau Meyn gibt eine kurze Einschätzung zur Eröffnung des „Welcome Centers“, das am 02.07.18 unter der Trägerschaft der ABS eröffnet wurde. Der Anlauf wird als sehr gut eingeschätzt. Dort sind zwei Mitarbeiterinnen tätig, die bei der ABS angestellt sind und bisher wurde es 53 x kontaktiert, wobei von diesen 53 mal 35 echte Beratungsfälle durch direkte Kontaktaufnahme waren. Am 14.09.18 findet die Jobmesse zu „Karriere kompakt“ in der Greifswalder Stadthalle, mit einer Beteiligung von ca. 40 Unternehmen, statt. Für den 17.10.18 ist die Regionalproduktemesse Vorpommern im Pommerschen Landesmuseum geplant.

Frau Hauswald informiert zum Veranstaltungskalender:

Greifswalder Kulturnacht am 07.09.18, Ausstellungseröffnung am 06.09.18, 18.00 Uhr Rathausgalerie – Präsentation Wettbewerbsentwürfe der Medien- und Informatikschule (Plakatwettbewerb im Rahmen des Sommersemesters der Studierenden des Grafik- und Designseminars), 09.09.18 Tag des offenen Denkmals, 08./09.09.18 Gitarrentage M/V in Kooperation der Musikschule Greifswald und dem Gitarrenverband M/V, 14. – 16.09.18 Puppentheaterfestival „Fantakel“, im Herbst findet Tagung „Kunst im öffentlichen Raum“ statt.

Frau Hauswald erinnert an ihre noch offene Stellungnahme zu dem nicht unumstrittenen Otto Wobbe. Im Zuge der Abarbeitung werden noch Stellungnahmen von Experten erwartet, die in das Ergebnis einfließen sollen.

TOP 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

TOP 8.1 Denkmalschutz „Alte Mensa“ am Wall – Allgemeine Erörterung

Herr Wulff informiert zur allgemeinen Situation der alten Mensa. Der Mensabetrieb hat geschlossen, genutzt wird das Gebäude durch die Verwaltung des Studentenwerkes und vom Mensaclub. Es geht schon seit längerem um die zukünftige Nutzung des Gebäudes. Im Gespräch ist ein „Digitales Gründer- und Innovationszentrum“ in diesem Haus anzusiedeln. Das Gebäude gehört der Universität Greifswald. Die Universität ist bereit, das Gebäude an die Stadt bzw. die WITENO GmbH abzugeben. Vorgeschlagen wird, Herrn Dr. Wolfgang Blank einzuladen, um den derzeitigen Stand und weitere Vorgehensweise bzw. Planung vorzustellen. Es ist wohl etwas verfrüht, das Thema schon im Bildungsausschuss vorzustellen, meint Herr Wulff. Das Gebäude soll unter Denkmalschutz gestellt werden. Die Universität, als Eigentümer, arbeitet z. Z. an einer Stellungnahme dazu und wird wohl

sich wohl gegen den Denkmalschutz aussprechen. Herr Wulffs Anliegen ist es, sich gegen den Denkmalschutz zu stellen. Das Projekt „Gründerzentrum- und Innovationszentrum“ würde durch die Auflagen des Denkmalschutzes gefährdet sein und in Form und Umfang nicht möglich sein. Umbaumaßnahmen, die für ein modernes Zentrum nötig sind, wären ebenfalls ein großes Problem. Herr Rocke meint, dass eine Bestimmung von Denkmalschutz keine Ermessensfrage ist, denn wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind, ist das Gebäude denkmalgeschützt, aber da sind die Gutachten abzuwarten. Herr Dr. Rose möchte die Experten vom Denkmalschutz zu diesem Thema anhören, bevor eine Entscheidung getroffen wird.

Herr Rodatos schlägt vor, den Prozess nicht weiter zu verfolgen, bis es eine Entscheidung oder beendete Debatte in den politischen Gremien bzw. in der Bürgerschaft gibt. Frau Witt erkundigt sich zum baulichen und technischen Zustand des Gebäudes.

Herr Wulff betont, dass der städtische Haushalt mit den notwendigen Maßnahmen zum Um- bzw. Ausbau des Gebäudes keinesfalls belastet werden soll. Ziel sei es, die Arbeiten mit Fördermitteln und Krediten abzudecken.

TOP 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

TOP 10. Sitzungsende

19:23 Uhr

gez.
Hinrich Rocke
Ausschussvorsitzender

gez.
Heike Domin
für das Protokoll